

# BürgerInnenbrief Mitte

14. März 2011



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Neubeginn +++ Abschalten +++ Schuldenfalle +++ Wahlversprechen +++ Sport +++ Spitzel +++ Almania

## Neubeginn im Rathaus?



Die Eröffnung einer neuen Parlamentsperiode ist zunächst die Aufgabe des Alterspräsidenten. Die Rolle fiel dieses Mal Jan Ehlers zu. 30 Jahre lang (von 1974 bis 2004) drückte er bereits die Parlamentsbank für die SPD. Zehn Jahre (1978 bis 1988) war er Sozialsenator der Freien und Hansestadt. Jan Ehlers nutzte die erste Sitzung bis zur Wahl des Bürgerschaftspräsidenten zu einem politischen Rundumschlag. Klug berief er sich auf Tucholsky: »Wenn einer spricht, müssen die Anderen zuhören – das ist deine Gelegenheit. Missbrauche sie.«

Missbrauch war es nicht, aber die Mahnung an die SPD und ihren Spitzenmann Olaf Scholz war nicht zu überhören. Und auch die FDP musste sich ein paar kritische Bemerkungen über ihre Rolle als Klientelpartei gefallen lassen. Den weiteren Fortgang der Regularien gestaltete Dorothee Stapelfeld von der SPD, die mit einem sehr guten Ergebnis zur Parlamentspräsidentin gewählt wurde.

Olaf Scholz wurde mit Unterstützung seiner Fraktion zum Bürgermeister gewählt und holte sich eine Stimme aus den

Oppositionsparteien. Die Berufung des Senats und die Regierungserklärung gibt es später. Scholz plant einen größeren Behördenumbau. Dabei soll das Wirtschaftsressort mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden. Dieses geschieht im Sinne des künftigen Wirtschaftsensors, des ehemaligen Handelskammer-Präses Frank Horch.

Dieser möchte alle wesentlichen wirtschaftlichen Bereiche in einer Hand zusammengeführt wissen. Dies soll dazu führen, dass die Wirtschaftsbehörde neue Kompetenzen erhält, etwa den Verkehr aus der bisherigen Stadtentwicklungsbehörde. Der Hamburger Hafen soll ein neues Verkehrsleitsystem erhalten, um seine Wettbewerbsvorteile etwa durch eine bessere Schienenanbindung zum Hinterland ausspielen zu können. Horch betont schon im Vorfeld seine Vorstellungen, wie die Probleme zu Wasser, auf der Straße und auf der Schiene unter dem Blickwinkel Hafen zu lösen sind. Schon als Präses der Handelskammer habe er sich mit der Verkehrspolitik Hamburgs intensiv beschäftigt. »Die Hinterlandanbindung Hamburgs ist, neben der Fahrrinnenanpassung, das wichtigste Thema.« Logischerweise wird damit der Verkehr unter dem Blickwinkel der Wirtschaft verengt – Fahrradpolitik oder öffentlicher Personennahverkehr sind in dieser Logik Nebensachen.

Außerdem will Horch Zuständigkeiten für Informationstechnologie und Medien, Energie sowie Marketing und Technologie in der neuen Mammutbehörde zusammenführen. Wird diese Konzeption verwirklicht, kommt der SPD-Senat wesentlichen Forderungen der Handelskammer und des Industrieverbands Hamburg (IVH) nach. Im Gegenzug für den Kompetenzgewinn soll Horch sich dazu bereit erklärt haben, die Arbeitsmarktpolitik an die Sozialbehörde abzutreten.

Auch andere Behörden sollen neu zugeschnitten werden, weil sie bisher zu groß und wenig handhabbar seien. Scholz will am Konzept der Wachsenden Stadt, das CDU-Vorgängersenate entwickelten, festhalten. Offen ist, ob es auch das offizielle Leitbild der Regierung bleibt. Der Stadtbahn erteilte Scholz eine definitive Absage. »Ich habe gesagt, dass ich die

Stadtbahn für nicht finanzierbar halte – und das gilt.« Allerdings werde die Hochbahn gemeinsam mit der Stadt Pläne zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs entwickeln müssen.

Die Kehrseite dieser Gestaltungsoption des Bürgermeisters ist: Die Behörden stehen nicht fest, folglich der Zuschnitt der Parlamentsausschüsse. Dies führt dazu, dass auch die kleine Linksfraktion noch nicht recht weiß, wie die Arbeit genau aufgeteilt werden soll. Für mich werden die Bereiche Finanzen, Stadtentwicklung und Sport bleiben. Es wird allerdings noch ein weiterer Bereich hinzukommen.

Am 20. März sollen auf einem Landesparteitag der SPD der neue Behördenzuschnitt und das Personalkonzept gebilligt werden. Am 23. März will der Bürgermeister seinen neuen Senat in einer Sondersitzung der Bürgerschaft bestätigen lassen und zugleich die Grundzüge seiner politischen Vorhaben in einer Regierungserklärung darlegen.

In Hamburg wurde nicht nur die Bürgerschaft, sondern auch die Bezirksversammlungen neu gewählt. Neu eingezogen sind in zwei Bezirksversammlungen auch die »Piraten«. Bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft konnten die Piraten 2,1% der abgegebenen Stimmen erringen. In Hamburg-Mitte erhielten sie bei der Wahl zur Bezirksversammlung 4,7%. Da in den Bezirken nur eine 3%-Hürde gilt, bedeutet dieses Wahlergebnis den Einzug zweier Piraten in das Bezirksparlament: Der Fotograf Andreas Gerhold und der Physik-Student Michael Büker werden dort vertreten sein. Außerdem zogen die Piraten in Bergedorf in die Bezirksversammlung ein. In beiden Bezirken hat die Piratenpartei keinen Fraktionsstatus, dazu bräuchte es mindestens drei Abgeordnete. Das bedeutet eingeschränkten Zugang zu Ressourcen und kein Stimmrecht in den Fachausschüssen. Es gibt aber die Möglichkeit, sich der Fraktion einer anderen Partei anzuschließen. Das gilt theoretisch für alle Fraktionen, doch sieht Piraten-Generalsekretär Michel am ehesten bei der Grün-Alternativen-Liste (GAL) »Gemeinsamkeiten«.

## joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

## Fukushima heißt Abschalten!

Compact – ein gemeinnütziger, überparteilicher eingetragener Verein, der Kampagnen organisiert, bei denen sich Menschen via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen – hat anlässlich der drohenden nuklearen Katastrophe in Japan den Aufruf »Abschalten« auf den Weg gebracht, den nach zwei Tagen bereits 50.000 Menschen unterschrieben haben.



Neben der Unterschrifteninitiative wird dazu aufgerufen, in möglichst vielen Aktionen und mit Mahnwachen möglichst viele Menschen zu mobilisieren. Bereits am Samstag und am Sonntag gab es Aktionen auch in Hamburg, so entfalteten Kernkraftgegner beim Heimspiel des FC St. Pauli gegen den VfB Stuttgart am Millerntor einmal mehr das Transparent »X-tausendmal | VATTENFALL abschalten«. Eine weitere Mahnwache findet **am Montag, den 14.3. von 18.00 bis 18.30 Uhr** vor der **Vattenfall-Zentrale an der Mönckebergstraße** statt. Im Folgenden dokumentiere ich den Compact-Aufruf.



Die Nachrichten über die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima machen fassungslos und wütend.

In Gedanken sind wir in diesen Stunden bei den Menschen in Japan, die der Reaktorkatastrophe ausgesetzt sind.

Bundeskanzlerin Merkel kündigte sehr vage an, die Sicherheit der deutschen AKWs überprüfen zu wollen.

Doch die Konsequenz aus Fukushima kann nur sein: AKWs abschalten – und zwar jetzt.

Unterzeichnen Sie unseren Appell!

Sobald 100.000 Menschen den Appell unterzeichnet haben, wollen wir ihn mit großformatigen Anzeigen in bundesweiten Tageszeitungen veröffentlichen. Fordern Sie die Kanzlerin auf: AKWs abschalten – und zwar jetzt!

**<http://www.compact.de/atom2/sn11/signer>**

## Kein guter Weg aus der Schuldenfalle



GewerkschafterInnen demonstrieren am 2. März 2011 für bessere Einkommen

Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg hat in seinem soeben vorgelegten Bericht »Haushaltssituation 2011« eindringlich auf die kritische Finanzlage hingewiesen. Danach hat die Stadt im Durchschnitt der letzten 16 Jahre eine Mrd. Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Die finanziellen Löcher konnten nur gestopft werden durch 11 Mrd. Euro neue Schulden und die Verschönerung öffentlichen Vermögens in der Größenordnung von 7,5 Mrd. Euro. Dabei wurde billigend der Verfall der öffentlichen Infrastruktur in Kauf genommen.

Angesichts der dramatisch großen Haushaltslöcher und des erreichten Schuldenstands fordert der Rechnungshof das Ende der »kreativen Buchführung«. Die Praxis der alten Senate, Lasten möglichst unmerklich in die Zukunft zu verschieben und in der Gegenwart viel Geld für teure Leuchtturmprojekte auszugeben, sieht der Rechnungshof zu Recht am Ende. »Das Vermögen Hamburgs hat massiv abgenommen, die Verschuldung erreicht jährlich neue Höchststände, wir zahlen Zinsen überwiegend für nicht mehr vorhandene Investitionen, die vernachlässigte Infrastruktur müssen wir wieder in Ordnung bringen.«

Doch was schlägt der Rechnungshof stattdessen vor? »Die Konsolidierung kann und wird gelingen, wenn die Steigerung der Ausgaben deutlich unter der durchschnittlichen Steigerung der Einnahmen bleibt... Dies wird nicht einfach: Viele große Ausgabenblöcke wie gesetzliche Leistungen oder Personalausgaben werden stärker steigen und durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen sein.«

Als »verbindliches Zwischenziel« sollten laut Rechnungshof ausgehend von den Betriebsausgaben des Jahres 2010 bis 2014 ganze 28 Mio. Euro mehr ausgegeben werden. Ist

dies eine realisierbare Perspektive? Ich denke nicht. Ein solcher Kürzungskurs ist weder ökonomisch klug, noch politisch durchsetzbar. Zu Recht kritisiert der Rechnungshof den Substanzverlust beim öffentlichen Vermögen: »Die Stadt hat zu wenig Haushaltsmittel für den Erhalt des Vorhandenen bereitgestellt.«

Die Unterhaltungsmittel für die öffentlich-sozialen Infrastrukturen reichen nicht aus; der Bereich Kultur ist unterfinanziert; Schulen und Universitätsgebäude sind in einem äußerst schlechten Zustand. Die Unterhaltung des unverzichtbaren kommunalen Vermögens kann nicht weiter verzagt werden. Eine Grenzbelastung stellen wir aber auch bei den Einkommen und der Arbeitsbelastung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fest.

Allerdings haben die Betrachtungen des Rechnungshofs einen blinden Fleck: Schon in den Jahren 2001 bis 2006 und erneut ab 2009 hat sich der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt erheblich reduziert. Dies erklärt sich aus dem eklatanten Rückgang der gewinnabhängigen Steuern und der Großen Krise. Eine gute öffentliche Infrastruktur und ein unverzichtbares Dienstleistungsangebot für die BürgerInnen gibt es aber nicht zu prekären Bedingungen. Die Gemeinwesen müssen nicht nur ordentlich, d.h. sparsam verwaltet werden, sondern sie müssen vor allem auskömmlich finanziert sein. Erst auf einer solchen Grundlage kann mit den öffentlichen Mitteln äußerst sparsam und kontrolliert umgegangen werden.

Aufgabenkritik des öffentlichen Sektors ist – angesichts der mit Händen zu greifenden Finanznot – sicherlich eine populäre Forderung, deren Kehrseite die ausgesprochen bescheiden ausgeprägte Bereitschaft ist, öffentliche Investiti-

onen und Dienstleistungen zu finanzieren. Ein vernünftiges öffentliches Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger erreicht man allerdings nicht durch solche Aufgabenkritik, die in der Regel auf Beschäftigungsabbau und Arbeitsverdichtung hinausläuft, sondern nur durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel.

Dazu muss der Haushalt zunächst auf überflüssige Projekte wie den Neubau der BSU-Zentrale, Behördenumzüge etc. durchforstet werden. Mit den sich daraus ergebenden Umschichtungen könnten einige der noch vom schwarz-grünen Senat auf den Weg gebrachten, volkswirtschaftlich schädlichen und unsozialen Maßnahmen korrigiert und dringend erforderliche öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Sozialer Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Verkehr (Ausbau des ÖPNV) auf den Weg gebracht werden.

Um eine solche Politik – die nach Lage der Dinge vorübergehend auch schuldenfinanziert werden muss – dauerhaft finanzieren und perspektivisch die städtischen Schulden zurückführen zu können, bedarf es neben einer deutlichen

Korrektur der Steuerpolitik auf Bundesebene auf Landesebene vor allem

- des Ausbaus der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Gemeindefinanzierungssteuer und der Umstellung der Bemessungsgrundlage bei der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte

- sowie der Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Wir brauchen also eine Erhöhung der Spitzensteuersätze und eine entsprechende Hamburger Initiative im Bundesrat. Durch einen effektiveren Steuervollzug können zudem brachliegende Steuerpotenziale erschlossen werden. Der Handel mit Datensätzen über Steuerhinterziehung belegt, dass der Steuervollzug zu einer Erhöhung der Mittel führen wird. Allein dies als »verbindliches Zwischenziel« zu definieren und erste Schritte zu seiner Umsetzung einzuleiten, würde mehr Geld in die Kassen der Hansestadt spülen, als einmal mehr die soziale Spaltung der Stadt durch falsche Sparprogramme zu befördern.

## Wahlversprechen: Wohnungsnot



Kommen mit dem Frühling auch 6.000 neue Wohnungen?

Der als möglicher neuer Stadtentwicklungssenator immer mal wieder genannte ehemalige SAGA-Vorstand und jetzige Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs (SPD) wird nicht müde, zu behaupten, »es gibt keine Wohnungsnot in Hamburg«, höchstens »einen Nachfragedruck auf bestimmte innenstadtnahe Quartiere«. So seine Äußerungen in der aktuellen Ausgabe 3/2011 des »immobilien manager«. Es ist schon frappierend, mit welcher Kaltschnäuzigkeit dieser »Experte« das Wohnungsproblem klein redet. Erst vor kurzem hat das Maklerunternehmen »Engel & Völkers« in einer Studie den Fehlbestand auf 90.000 Wohnungen taxiert (ich habe im letz-

ten BürgerInnenbrief ausführlicher davon berichtet), die »2. Konferenz zur sozialen Spaltung« Mitte Februar war komplett den Auswirkungen der negativen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt (vor allem im preisgünstigen Segment) gewidmet. Aber für einen Herrn Sachs scheint das Problem nur in den von ihm immer wieder gern angeführten »Szenevierveln« zu bestehen.

In gleich mehreren Artikeln der erwähnten Ausgabe des »immobilien manager«, die sich auf allein 40 Seiten mit den Verhältnissen in Hamburg beschäftigt, wird deutlich, wie angespannt der so genannte Wohnungsmarkt in der Freien und

Hansestadt ist. Um »mehr als 5%« haben sich im Durchschnitt die Mieten vom zweiten Halbjahr 2009 im Verhältnis zu 2010 erhöht. Besonders auffällig ist diese Entwicklung bei kleinen Wohnungen bis 45 Quadratmetern, hier legten die Mieten sogar um rund 10% zu. »Und dann beobachtete man bei Grossmann & Berger«, so das Klientelorgan mit leichter Kritik, »wie der Entwickler eines Neubauprojekts in St. Georg die Preise nach dem Verkaufsstart erhöhte, weil die Wohnungen zu schnell weggingen.«

Nicht nur in diesem »Szeneviertel« macht sich der Wohnungsmangel in galoppierenden Preiserhöhungen bemerkbar. Auch in Wilhelmsburg sind die Bestandsmieten nach einer neuen Analyse des Forschungsinstituts »F & B« recht »deutlich gestiegen: Sie legten in den vergangenen fünf Jahren um rund 25% zu - in ganz Hamburg betrug der Anstieg dagegen knapp 15%«. Entgegen den gebetsmühlenartigen Ausführungen des Herrn Sachs, der einen Mangel ja ausschließlich in den citynahen Quartieren ausmachen kann, sind laut aktuellen Erhebungen von »immobilienscout24« die größten Steigerungsraten nur zum Teil in den innenstadtnahen Quartieren zu konstatieren gewesen. Danach handelt es sich bei den fünf Stadtteilen mit den größten Mietpreiszuwächsen 2009/2010 um Tatenberg (21%), Billbrook (20%), Kleiner Grasbrook (19%), Moorburg (18%) und Reitbrook (12%). Die Preisentwicklung bei Eigentumswohnungen war im gleichen Zeitraum am höchsten in Barmbek-Nord (27%), Harburg (25%), Hohenfelde (20%), Hausbruch und in der HafenCity (jeweils 19%).

Interessant ist im »immobilien manager« auch die Bewertung der »Neuen Mitte Altona«, des nach der HafenCity

größten Bebauungsvorhabens in den kommenden Jahren überhaupt: »Der hippe Stadtteil steht auch immobilienwirtschaftlich im Fokus«. Kein Wunder, dass große Teile der Altonaer Bevölkerung wegen solcher Formulierungen in großer Sorge sind und Angst vor Verdrängung haben. Bei der Verlagerung des Bahnhofs Altona nach Diebsteich und dem dadurch frei werdenden Areal geht es in der ersten Stufe ab 2012 um den Bau von bis zu 1.900 Wohnungen, für den zweiten Bauabschnitt sind weitere 2.000 Wohnungen im Gespräch. Wie hoch allerdings der Anteil der hochpreisigen Eigentumswohnungen bzw. der Geschossanlagen im sozialen Wohnungsbau sein wird, ist gegenwärtig noch unklar.

DIE LINKE auf Bezirks- wie auch Bürgerschaftsebene setzt sich für möglichst viele preiswerte Wohnungen ein, um dem immer größer werdenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken. In der »Neuen Mitte Altona« wird sicherlich einer der Schwerpunkte wohnungspolitischer Aktivitäten in den nächsten Jahren liegen, zumal die Stadtentwicklungsbehörde das Verfahren an sich gerissen und den Bezirk Altona weitgehend entmachtet hat. Der Konflikt wird auf Stadtteil- und Bürgerschaftsebene auszufechten sein.

Der neue Erste Bürgermeister lässt sich Zeit mit der Besetzung der Senatorenämter und der Zuschneidung der neuen Behörden, insofern müssen auch wir abwarten. Klar ist aber schon jetzt: Olaf Scholz und seine Partei haben im Wahlkampf hoch und heilig versprochen, alljährlich 6.000 Wohnungen neu zu errichten. Damit dieses Versprechen nicht ganz schnell dem Spardruck zum Opfer fällt, bedarf es inner- wie außerparlamentarischen Drucks. Wir sind bereit, unseren Part dafür zu leisten, dass er entstehen kann.

## Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin...



Allerdings nicht zum Fußball-Pokalendspiel zwischen dem MSV Duisburg und Schalke 04 am 21. Mai (der HSV und auch der FC St. Pauli sind längst aus dem Wettbewerb ausgeschieden), sondern zwei Tage früher: »Unser« Bundestagsabgeordneter Jan van Aken (DIE LINKE) bietet allen Interessierten die Möglichkeit, auf einem Zwei-Tages-Trip die Bundeshauptstadt und die Arbeit des Bundestages näher kennenzulernen.

Auch ich habe mich entschlossen, an dieser Exkursion teilzunehmen. Die Hinfahrt erfolgt am Donnerstag, dem 19. Mai, um 8:00 Uhr ab Hauptbahnhof, zurück sind wir tags

darauf gegen 21:00 Uhr. Das noch nicht endgültig feststehende Programm sieht einen Besuch des Reichstagsgebäudes und ein Gespräch mit Jan van Aken vor, gewünscht wird aus dem Kreis der bisher 25 TeilnehmerInnen darüber hinaus ein Besuch des Jüdischen Museums sowie ein Zusammentreffen mit einer Vertreterin des rot-roten Senats. Weitere Anregungen werden gern angenommen und können bei der konkreten Planung Berücksichtigung finden. Wer Lust hat und zwei Tage »unter der Woche« freimachen kann, ist herzlich eingeladen und möge sich bitte alsbald bei mir melden.

## Die Köpfe heiß reden!



Die auf der »2. Konferenz zur sozialen Spaltung« begonnenen Debatten werden fortgeführt

Zum Druck machen gehört auch Aufklärung und Debatte über mögliche Alternativen der Stadtentwicklung. Deshalb möchte ich bereits jetzt auf zwei Konferenzen aufmerksam machen, die im ersten Halbjahr dazu beitragen können, sich schlauer zu machen.

In Hamburg wird vom **2. bis 5. Juni** ein Kongress der bundesweiten Recht-auf-Stadt-Gruppen stattfinden. Bisher haben bereits Akteure aus Berlin, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Hamburg ihre Teilnahme zugesagt. »Ob mit großem Event, beharrlicher Arbeit im Kiez oder kreativen Abwertungsmaßnahmen«, heißt es im Kongressaufruf, »die Kritik an der neoliberalen Entwicklung der Städte und den damit einhergehenden sozialen Verwerfungen im urbanen Lebensraum wird mittlerweile an vielen Orten geäußert. Und diese politische Arbeit zeigt Erfolge. Gentrifizierung ist mittlerweile zur Alltagsvokabel geworden, es gibt kritische Artikel zum Thema und hier und da wurden größere Stadtentwicklungsprojekte aufgehalten, verzögert oder neu verhandelt. Doch die Aufwertungsmaschine läuft weiter, die Mieten steigen wie noch nie und lokale Veränderungsprozesse lassen sich mit bloßem Auge beobachten.«

Auf dem Kongress soll es vor allem um einen intensiven Erfahrungsaustausch und den Ausbau der überregionalen Vernetzung gehen. »Angedacht sind folgende Themenfelder bzw. Fragen:

- Was bedeutet Recht auf Stadt (lokal, regional, global)?
- Welche Auswirkungen hat der Prozess der Urbanisierung lokal und global? Wer profitiert von den derzeitigen Umstrukturierungsprozessen und wer nicht?

- Wie verbinden wir stadtpolitische Auseinandersetzungen mit sozial(politisch)en Fragen?
- Was ist unsere Kritik am »Unternehmen Stadt« und wie sehen Antworten darauf aus?
- Welche Bündnisse gehen wir ein und mit wem wollen wir zusammenarbeiten?
- Wie »nachhaltig« sind städtische Bewegungen und Proteste?
- Wie sieht überhaupt eine sozialere, gerechtere, schönere Stadt aus?«

Interessierte werden gebeten, sich unter [stadtkongress2011@buko.info](mailto:stadtkongress2011@buko.info) mit möglichen Themenvorschlägen anzumelden.

Knapp zwei Wochen später, nämlich am **17. und 18. Juni**, lädt die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag zu einer wohnungspolitischen Konferenz nach Berlin ein. Diese »soll dazu beitragen, theoretisch programmatische Positionen der Partei auf dem Politikfeld Wohnen, Stadt- und Regionalentwicklung zu definieren, weiter zu entwickeln und sie in die öffentliche Debatte zu tragen.« Es geht darum, das Wohnen als menschliches Grundbedürfnis und -recht zu entwickeln und zu verteidigen, da es unter den herrschenden Bedingungen »weitgehend als Wirtschaftsgut der Marktregulierung« (miss) verstanden wird. Auch bei dieser Tagung soll der Austausch von Erfahrungen im Mittelpunkt stehen, gleichzeitig soll die Diskussion darüber angestoßen werden, »welche Eigentumsformen in welcher Struktur künftig notwendig sind, um ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot für alle Menschen bereit zu stellen.« Sobald mir nähere Informationen über die Veranstaltungen vorliegen, werde ich sie bekanntgeben.

## Sport muss bei den Bezirken bleiben



... damit Mädchenfußball auch in Zukunft möglich ist.

Leider hat in den Wahlauseinandersetzungen der Sport kaum eine Rolle gespielt. Dies ist aus meiner Sicht auch deswegen bedauerlich, weil mehr oder weniger zeitgleich der für 200.000 Euro vom Team um Prof. Christian Wopp erarbeitete »Sportentwicklungsplan« (SEP) vorgelegt wurde, der eine Reihe von Empfehlungen enthält, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Dass die Präsentation dieses 200seitigen Konzepts ausgerechnet in der Handelskammer und offiziell ohne den Hamburger Sportbund (HSB) und die Bürgerschaftsparteien vorgenommen wurde, habe ich bereits im BürgerInnenbrief vom 14.2.2011 kritisch angemerkt.

Nun macht auch noch ein anderer Aspekt aus Wopps Studie – deren Materialien bis heute nicht komplett vorliegen – Furore: die sieben bezirklichen Sportreferate abzuschaffen und die Sportstättenerschaffung und -vergabe einer zentralen städtischen Gesellschaft nach dem Modell der »Bäderland GmbH« zu übertragen. Gegen dieses Ansinnen haben sich am 2. März auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bereits sämtliche Bezirksamtsleitungen und der HSB ausgesprochen, ein Protest, dem ich mich gerne anschließe.

Es wäre aus meiner Sicht ein Stück kontraproduktiver Entmachtung der Bezirke, deren Sportreferate aufzulösen. Sie garantieren noch am ehesten, dass eine stadtteil- bzw. bezirksverbundene Planung der vorhandenen Sporthallen und -plätze vorgenommen wird, schließlich sind sie mit den Problemen und Anforderungen vor Ort weitaus besser vertraut, als

eine neue übergreifende Instanz. Ich erinnere in diesem Zusammenhang erneut daran, dass es dem Sportamt schon seit Jahren nicht möglich ist, eine digital gestützte, zentrale Erfassung und Vergabe sämtlicher Sportstätten zu installieren. Es ist im Einzelfall schon schwierig, z.B. länger ungenutzte Hallenzeiten unbürokratisch weiterzuvergeben, denn die Liste der Bedarfe meldenden Vereine ist lang, und sie ist eher noch angewachsen, da der Sanierungsstau bei etlichen Anlagen und der weithin ausgebliebene Neubau die Problemlage verschärft haben. Warum eine vorrangig nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten operierende zentrale Einheit diese Situation verbessern soll, dürfte nicht nur mir nicht einleuchten.

Die Bedingungen für das Sporttreiben müssen vor allem dort verbessert werden, wo Menschen in benachteiligten Verhältnissen leben oder ihre spezifische Situation besondere Maßnahmen erfordert. Dies kann effektiv nur in den jeweiligen Quartieren und in der erreichbaren Nachbarschaft geschehen: »Wenn die Bezirke ihre Aufgaben in der Gestaltung des öffentlichen Raums und im Sozialraummanagement in Bezug auf Sport, Spiel und Bewegung verantwortlich wahrnehmen wollen, gehört dazu auch die Zuständigkeit für Sportanlagen«, stellen die BezirksamtsleiterInnen und der HSB-Vorsitzende in ihrer gemeinsamen Erklärung zu Recht fest. »Wenn sportliche Jugendarbeit in Zukunft enger vernetzt und flexibel in den Sozialraum eingebunden werden soll, kann das ohne Zugriff der Bezirke auf Sporträume nicht gelingen.« Dem ist nichts hinzuzufügen.



## Riesen-Ärger ... um Schröders »Spitzelbefehl«

titelte die Mopo am 10. März. Es geht um eine »Extremismusklausel«, die AntragstellerInnen unterzeichnen sollen, wenn sie um Zuwendungen beim Bundesfamilienministerium nachsuchen (ich habe im letzten BürgerInnenbrief darüber berichtet). Dabei ist zu erklären, dass man selbst auf dem »Boden des Grundgesetzes« steht, zusätzlich sollen die Projektträger sämtliche Gesprächs- und Kooperationspartner – gegebenenfalls unter Einschaltung des Verfassungsschutzes – daraufhin überprüft werden, ob sie dies auch tun. Die Zusammenarbeit mit einer Moscheegemeinde oder (Teilen) der LINKEN, mit der Antifa oder der VVN kann – folgt man den Anweisungen der Familienministerin Christina Schröder nicht – teuer zu stehen kommen, denn im Einzelfall werden die erhaltenen Mittel nachträglich zurückverlangt.

Von diesem Aufruf zur faktischen Bespitzelung und Anlage von Dossiers betroffen sind in Hamburg bereits das beim gewerkschaftsnahen Bildungsträger angedockte Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus sowie sämtliche Projekte, die in St. Georg unter der Überschrift »Toleranz fördern – Demokratie stärken« gerade erst anlaufen sollten. Im Hauptbahnhofviertel hat sich deshalb der Protest schnell erhoben. Der Stadtteilbeirat lehnte die Klausel ab, zwei mit der Umsetzung des Programms betraute Einrichtungen – der Verein Basis und Woge und das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (IKM) – haben nacheinander ihre Koordinationstätigkeit niedergelegt. Der Bezirk Mitte

sucht händeringend nach neuen Verantwortlichen. Die Aids-Hilfe Hamburg sowie die örtliche Geschichtswerkstatt erklärten jüngst, ihre Anträge für jugendbezogene Toleranzprojekte zurückzuziehen und die zwischenzeitlich gebildete St. Georger Initiative fand ausnahmsweise Resonanz in der Presse der Hansestadt.

Der Protest hat sich inzwischen ausgeweitet. Nach dem Berliner Abgeordnetenhaus lehnte auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen diese verfassungsrechtlich mehr als bedenkliche Extremismusklausel ab. Rund 1.500 Einrichtungen und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet haben in den vergangenen Wochen die Forderung erhoben, dass das Familienministerium auf den entsprechenden Passus im Zuwendungsantrag komplett verzichten muss.

Für die nächste Bürgerschaftssitzung am 23. März hat DIE LINKE einen Antrag vorbereitet, in dem ebenfalls die ersatzlose Streichung der Klausel verlangt wird. Da sich der Text des Antrags weitestgehend auf den von der SPD, Grünen und LINKEN im nordrhein-westfälischen Landesparlament gefassten Beschluss stützt, darf man gespannt sein, wie sich die Hamburger SPD und die GAL verhalten werden. Ähnlich wie im rot-rot geführten Berlin wäre es denkbar, dass auch der Senat eine Ausfallbürgerschaft – in St. Georg geht es z.B. um drei Mal 100.000 Euro im Zeitraum 2011 bis 2013 – für die Projekte übernimmt, wenn sich Ministerin Schröder weiterhin uneinsichtig zeigt.



Der Spitzellass muss weg – damit gemeinsame Feste weiter möglich sind

## Kultur Tipp: Almanya – Willkommen in Deutschland



Opa Hüseyin und Enkel Cenik

Wir kennen ja schon Fatih Akins »Solino« (2002) und »Soul Kitchen« (2009) oder auch die Arbeiten von Yüksel Yavuz (z.B. die Dokumentation »Mein Vater, der Gastarbeiter« von 1995), in denen die bundesdeutsche Migrationsgeschichte seit den 1950er Jahren thematisiert wird. Nun ist der filmische Erstling »Almanya« von Yasemin und Nesrin Samdereli, der eine weitere Familienstory mit türkischem Hintergrund erzählt, auch in den Hamburger Kinos angelaufen.

Opa Hüseyin ist vor nahezu 40 Jahren aus Anatolien zur Arbeit in der Bundesrepublik angeworben worden. Nun überrascht er seine Drei-Generationen-Familie damit, endlich einmal gemeinsam die »Heimat« aufzusuchen. In Rückblenden wird dem sechsjährigen Cenik, dem jüngsten Spross, erzählt, wie das damals so war. Dabei gibt es immer wieder wundervolle Szenen, die oft heiter, wiederholt auch melancholisch stimmen, z.B. wenn Cenik von seiner Lehrerin aufgefordert wird, auf einer Karte zu markieren, wo seine Eltern denn herkommen. Allerdings reicht die Europakarte nur bis Istanbul, und so ist der kleine Junge genötigt, sein Fähnchen auf einer großen, weißen Fläche daneben in das Wandbrett zu stecken.

Die Mischung von vier Jahrzehnten Zuwanderungsgeschichte und den Problemen der Drei-Generationen-Familie

ist gelungen. Die Hoffnungen und Enttäuschungen von Hüseyin und seiner nachgeholten Frau Fatma – sie haben gerade deutsche Pässe bekommen, sehr zum Verdruss vom Hüseyin – korrespondieren mit den alltäglichen Herausforderungen der Söhne Muhamed (arbeitslos) und Veli (Ehekrise), aber auch den Schwierigkeiten der 22jährigen Enkelin Canan, die ihren Eltern eingestehen muss, schwanger zu sein (nicht von einem Türken, nicht einmal von einem Deutschen, sondern von einem Engländer!). Es gibt neben vielen herzerfrischenden Szenen auch immer wieder kleine Seitenhiebe auf die vermeintliche »Mehrheitsgesellschaft«, beispielsweise wenn der deutsche Beamte (großartig trocken gespielt von Axel Milberg) in einer Traumsequenz von Hüseyin die Passausgabe mit drei Tellern Schweinebraten krönt.

Mit »Almanya« ist den beiden Regisseurinnen die Erzählung einer teilweise auf eigenen Erfahrungen beruhenden Familiengeschichte gelungen, die zu Recht auf der Berlinale gefeiert wurde. Sie veranschaulicht – mal auf humorige, mal auf ernste Weise – , was Max Frisch in den Satz »Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen« gekleidet hat – er steht programmatisch am Ende dieses empfehlenswerten Streifens.

---

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**